

Gemeinwohl als Staatsziel

Gehalten in Orenburg, Russland

Menno Aden, Essen

I. Ausgangspunkt

Das Thema "Gemeinwohl als Staatsziel" kann man auch anders ausdrücken: "Gemeinwohl als Orientierungsziel", oder „Gemeinwohl als Bildungsauftrag" oder in ähnlichen Formulierungen. Gemeint ist in all diesen Formulierungen die Frage nach dem Ort des Gemeinwohls in unserer persönlichen und gesellschaftlichen Werteskala.

Gemeint ist auch die Frage nach der Wirksamkeit des Staates. Diese große Frage hat die größten Europäer seit Platon über Augustinus und in die Neuzeit hinein beschäftigt. Ich kann nicht mehr tun, als diese Frage erneut, hier am Rande Europas erneut zu stellen und versuchen mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen.

Der Begriff "Gemeinwohl" beinhaltet, daß es auch ein anderes Wohl gäbe, nämlich das des Einzelnen, dessen Wohl mit dem Gemeinwohl nicht notwendig übereinstimmt.

Der Titel meines Vortrages beinhaltet die weitere Aussage, daß ein Staat auch andere Ziele als das Gemeinwohl haben könne, zum Beispiel

- Das überzeitliche jenseitige Ziel, das Staatsvolk oder gar die Menschheit insgesamt vom Bösen oder ökonomischen Mangel zu erlösen; das war wohl das Staatsziel der UdSSR in gewissem Sinne auch das der faschistischen Staaten.
- Das Wohl einzelner Interessen, Personen oder bestimmter Gruppen zu fördern; historisches Beispiel dafür könnte etwa der Kirchenstaat des Mittelalters sein

Vielleicht gibt es auch Staaten, die gar kein erklärtes Staatsziel haben. Jedenfalls ein Staat wie Großbritannien verzichtet scheinbar auf ein solches Staatsziel, weil es gar keine geschriebene Verfassung hat.

Das deutsche Grundgesetz kannte bis 1990, jedenfalls ausdrücklich, kein anderes Staatsziel als das in der Präambel proklamierte Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Seit 1990 haben wir also eigentlich gar kein Staatssziel mehr.

Es wäre ein eigenes Thema, darüber nachzudenken, ob der Wegfall dieses einzigen erklärten Staatsziels nach dem Grundgesetz vielleicht mit dazu beigetragen hat, daß derzeit in Deutschland zur Zeit soviel von Orientierungslosigkeit, Systemkrise, Werteverlust usw. gesprochen wird.

Einheit Deutschlands, so daß unser Staat - wenn wir nicht auch
Wenn wir nur den Wortlaut des Grundgesetzes schauen - seit dem 3. Oktober
Ich möchte in den folgenden Überlegungen 2 Aussagen, vielleicht sind es
Wunschbilder, darlegen:

1. Gemeinwohl und individuelles Wohl sind letztlich identisch.
2. Es kann nur ein Staatsziel geben, nämlich das im Gemeinwohl sich vollziehende Wohl des Einzelnen.

II. Gemeinwohl und Einzelwohl

Der Einzelne hat gewisse Interessen, die zu seinem Wohl dienen oder von denen er es glaubt. Daneben gibt es Interessen, die der Gemeinschaft, in welcher er lebt, dienen.

Das Grundbeispiel geht von dem Einzelmenschen aus, der auf niemanden angewiesen ist. Er kann sich alles leisten, er kann die gesamte Natur für sich verbrauchen. Er hat alles, - nur die Tatsache, daß es da noch Mitmenschen gibt, stören ihn zu seinem vollständigen Glück.

Dieser Einzelmensch ist nur aus einem gewissen Zwang bereit, seine unbeschränkte Freiheit mit seinen Mitmenschen zu teilen, nur weil die Gefahren der Natur, wilde Tiere im Urwald, ferne Feinde ihn dazu zwingen. Der theoretische Gegensatz von Eigennutz und Gemeinwohl geht also gleichsam von zwei oder mehr Individuen aus, die sich nur unter dem Zwang der Verhältnisse zusammenschließen, sich dadurch zwar gegenseitig helfen, die aber eigentlich lieber alleine für sich geblieben wären, um ihrem Eigennutz zu fröhnen.

So ist es aber nicht! Menschen haben immer in Gesellschaft gelebt. Das Robinsonbeispiel, die Romanfigur, die allein auf eine Insel verschlagen wurde und sich dort einrichtete, ist eine der schrecklichsten Vorstellungen, die sich ein Romanschriftsteller hat ausdenken können. Die als Einzelmenschen im Urwald lebenden, nur ihrem eigenen Nutzen verpflichteten Urmenschen hat es niemals gegeben. Die menschliche Gesellschaft, ein System also, in welchem Menschen ihre Interessen aufeinander abstimmen, hat es solange gegeben, wie es Menschen gibt.

Es ist daher eigentlich widersinnig, Eigennutz und Gemeinwohl als Gegensätze zu betrachten.

Da die Verfolgung eigener Interessen immer nur in der menschlichen Gesellschaft stattfindet, stellt sich Eigennutz nur als ein Teil dessen dar, was auch die Gesellschaft insgesamt erstrebt.

Der Einzelne wünscht sich Wohlstand, die Gesellschaft auch. Der Einzelne wünscht sich Gesundheit, die Gesellschaft auch. Der Einzelne möchte vielleicht Ansehen bei seinen Mitmenschen erwerben, die Gesellschaft (in der Form des Staates etwa) hat dasselbe Interesse. Wir sind stolz darauf, einem geachteten Staat anzugehören und wir leiden darunter, wenn er in der Achtung der Welt

nicht so dasteht, wie wir es wünschen. Der Staat ist in dieser und vielleicht noch in anderer Hinsicht eine Verlängerung unserer eigenen Person.

Was sich ein Einzelmensch wünscht, ist im Grunde auch Gegenstand der kollektive Wünsche der Gemeinschaft.

Der Genuß des persönlich Erstrebt und Erworbenen kann nur in der Gesellschaft einigermaßen gelingen. Nichts ist unerträglicher als eine Umgebung, in der uns auf Dauer niemand stört und zur Kenntnis nimmt. Luxus wird erst dadurch schön, daß andere sehen, daß wir ihn haben.

In Goethes Faust findet Margarethe ein Schatzkästlein, welches der Teufel Mephisto in den Schrank gestellt hatte. Ihre Nachbarin Frau Marthe und sie selbst haben als ersten Gedanken, wie man das Geschmeide *"so nach und nach die Leute sehen läßt"*. Wie das arglose Gretchen für seine schuldlosen Freuden, braucht auch der rücksichtsloseste Egoist die Gemeinschaft, damit sein Egoismus einen "Sinn" hat. Was nützt dem Mafia - Boss sein dicker Mercedes, wenn er ihn nur in der Steppe fahren kann, wo ihn niemand sieht !

Individuum und die Gemeinschaft, sind daher stets aufeinander bezogen. In gleicher Weise ist ein Wohl des einzelnen nicht denkbar ohne Bezugnahme auf die Gemeinschaft. *"Die Dialektik zwischen Soidarität und Egoismus"* - so sagt ein moderner Soziologe - *"zwischen Kooperation -und Konflikt unter den Menschen ist das Grundproblem der Soziologie."*

Aber nicht nur der Soziologie! Jede Geisteswissenschaft, die Rechtswissenschaft wie die Theologie, die Ethik, die Philosophie - sie alle plagen sich mit dem Problem herum, daß es einerseits das Individuum mit seinen Interessen und Wertvorstellungen gibt, daß aber andererseits dieses Individuum notwendigerweise Teil der menschlichen Gemeinschaft ist, und zwar auch dann, wenn dieses Individuum sich als Einsiedler in die Wüste verzieht.

Mensch und Gemeinschaft sind stets aufeinander bezogen, die Wertvorstellungen des Einzelnen ergeben sich aus den Vorstellungen der Gemeinschaft, und die Wertvorstellungen der Gemeinschaft setzen sich aus den Wertvorstellungen jeweils der Einzelmenschen zusammen. So können auch Eigennutz und Gemeinwohl nicht in dem Sinne zu definiert werden, daß ein für allemal gesagt werden kann, dieses oder jenes diene dem Gemeinwohl, dieses oder jenes aber komme nur eigennützigem Interessen zugute.

Eine statische Betrachtung verbietet sich daher. Es verbietet sich auch, eine Lösung auf die Frage "Gemeinwohl/Eigenwohl" im Sinne einer ein für allemal wahren Einsicht zu suchen. Die ständige Suche des Menschen nach einem Vorteil für sich selbst, der zugleich Vorteil aber auch Nachteil für die anderen und für die Gemeinschaft insgesamt sein kann, beschreibt ein Wirtschaftswissenschaftler wie folgt als einen nie endenden Prozeß:

Tendenziell bringt es Vorteile mit sich, mit möglichst vielen Individuen in Austausch und Zusammenarbeit eintreten zu können. Diese Tendenzen zu vermehrten vorteilhaften Interaktionen stehen jedoch Gefahren gegenüber, die aus der vermehrten Chance resultieren, mit anderen in unvorteilhaften Kontakt

zu treten und von diesen verletzt oder ausgenutzt zu werden. Vorteile des Austausches führen die Menschen zusammen, und Anreize, sich Tauschvorteile einseitig anzueignen, treiben sie tendenziell auseinander. Dieses sind die beiden Grundkräfte menschlicher Vergesellschaftung und damit die Wurzeln sozialer Evolution in einem Prozeß antagonistischer Kooperation.

Das Verhältnis von Individuum zur Gesellschaft ist ein Grundproblem aller Geisteswissenschaften. Die Spannung zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft, die Spannung zwischen dem Ziel des Individuums und der Gemeinschaft insgesamt, besteht in allen anderen Disziplinen ebenso, etwa in der Theologie: Auf wen kommt es an, fragen die Religionen, auf das fromme zur Erlösung strebende Individuum, welches sich vielleicht in die Waldeseinsamkeit zurückzieht, oder auf die glaubende Gemeinde?

Das Christentum hat diese Frage nicht gelöst, sondern lebt seit Anbeginn mit der Spannung. Die Antwort heißt: Es kommt auf beides an. *Sozialwissenschaften leben von der ewigen Dialektik zwischen der Solidarität und dem Egoismus, zwischen der Kooperation bei der Verfolgung gemeinschaftlicher Ziele (Gemeinwohl) und dem Konflikt, der entsteht, wenn ein Einzelmensch seine Interessen in den Vordergrund stellt.*

III. Gemeinwohl und Lebensinn

Der Philosoph Schopenhauer sagt: *Wenn es den Tod nicht gäbe, würde nicht philosophiert werden.* Man könnte ergänzen: Wenn es den Tod nicht gäbe, so wäre überhaupt das menschliche Nachdenken überflüssig, auch die Unterscheidung von Eigennutz und Gemeinwohl würde in einer solchen Perspektive ihre Bedeutung verlieren.

Die Tatsache, daß Menschen sterblich sind, ist eine ständige Anfrage nach dem Sinn alles dessen, was wir tun, nach dem Sinn unseres Lebens und damit auch die Frage nach dem letzten Sinn von dem, was das Individuum erstrebt und dem, was eine Gemeinschaft wollen kann. Ein Soziologe formuliert:

Jede menschliche Gesellschaft ist letzten Endes ein Bund von Menschen angesichts des Todes.

Damit ist wohl folgendes gesagt: Das, was wir in der Gemeinschaft suchen, weswegen wir das Wohl der Gemeinschaft und im Wechselspiel damit unser höchstpersönliches Wohl anstreben, ist Sinn, Lebensinn.

Niemand findet diesen Lebensinn allein! Vielleicht nicht einmal ein Heiliger. Der wichtigste Aspekt der menschlichen Gesellschaft ist daher die Bereitstellung eines gesicherten Schutzes gegen Sinnlosigkeit. Ich zitiere aus einem Lehrbuch zur Soziologie:

In der sozialen Welt leben, heißt geordnet und sinnvoll leben. Die Gesellschaft ist Hüterin von Ordnung und Sinn nicht nur objektiv, sondern kraft ihrer institutionellen Strukturen auch subjektiv, insofern sie das individuelle Bewußtsein strukturiert. Der wichtigste Aspekt des gesellschaftlichen Lebens ist wohl der Schutz vor dem Terror der drohenden Sinnlosigkeit. Anders

ausgedrückt: Die wichtigste Funktion der Gesellschaft ist das Setzen eines verbindlichen Sinns.

Den Nutzen der Gesellschaft suchen, ist daher im eigentlichen Wesen, an der Erzeugung von Lebenssinn mitzuwirken, und zwar an dem Lebenssinn, welchen das einzelne Individuum für sich sucht. Insofern das Wohl des Einzelnen letztlich nur darin gefunden werden kann, daß er einen Sinn für sein persönliches Leben sieht, fällt also das richtig verstandene Gemeinwohl mit dem Wohl des Einzelnen überein.

IV. Gemeinwohl und Eigennutz als materielle Zustände

Unterhalb der idealen Ebene findet die politische Auseinandersetzung um sehr reale Gegenstände statt. Die Diskussion zwischen Eigennutz und Gemeinwohl wird ja üblicherweise nicht auf der Höhe der Suche nach dem Lebenssinn diskutiert, sondern auf der Ebene sehr greifbarer Realien, etwa bei der Höhe der Rente, der Verteilung von Wohnraum, bei der Arbeitsplatzsicherheit usw.

Das marktwirtschaftliche System wird von vielen verdächtigt, in besonderer Weise - also in schlimmerer Weise als es früher der Fall war oder in anderen Ländern die Regel ist - dem Eigennutz vor dem Gemeinwohl Freiraum zu geben.

Stichworte wie "Ellenbogengesellschaft" werden gebraucht, um bestimmte soziale Erscheinungen zu bezeichnen. Die bereits tot geglaubte Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus erscheint in nur wenig verändertem Gewande allmählich wieder auf der politischen Bühne.

Einerseits ist nun nicht zu leugnen, daß in der deutschen, und überhaupt in der westlichen Gesellschaft, einzelne Menschen, insbesondere aber einzelne Gruppen, immer wieder, oft auch mit Erfolg, versuchen, sich vor den anderen Vorteile zu ergattern, welche gemeinschaftsschädlich sind. Ich möchte nicht in die politische Auseinandersetzung eintreten und daher keine Beispiel aus dem aktuellen Leben greifen.

Hinzuweisen ist aber auf die ständigen Lohntreitigkeiten: Ist es eigentlich richtig, wenn Arbeitnehmer ihre Lohnvorstellungen in der Weise durchsetzen, daß die Öffentlichkeit mit der Drohung unter Druck gesetzt wird, es würden die Mülltonnen nicht mehr geleert?

Die in Deutschland gezahlten Löhne und Sozialleistungen sind im Vergleich mit den in den meisten Ländern der Erde gezahlten unglaublich hoch. Ansprüche, die wir stellen sind recht hoch; was wir für "sozial unerträglich" ausgeben, ist Luxus in den meisten Ländern der Welt.

Der Gruppenegoismus wird in Deutschland vielfach angeprangert, und oft zu Recht. Die Zahnärzte sehen ihr Interesse, die Architekten ihres, der Bund der Steuerzahler formuliert wieder ein anderes Interesse und der Verband der Postbenutzer hat wiederum andere Zielvorstellungen.

Vielleicht sind es gar nicht so sehr egoistische Gruppeninteressen, die verfolgt werden. Vielleicht ist es eher der Verlust der übergreifenden Zielvorstellung, welche dazu führt, daß Naturschützer gar nicht mehr auf die Idee kommen, auch

die wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft und der Grundstückseigentümer zu bedenken und umgekehrt.

Ich möchte aber unsere Gesellschaft nicht schlecht machen. Ein Blick in die Geschichte zeigt uns, daß es jedenfalls in Deutschland niemals so viel Bereitschaft gegeben hat, abzugeben und zu teilen, wie heute. Zur Zeit Luthers wäre es, um nur ein willkürliches Beispiel zu nehmen, völlig abwegig gewesen, in Deutschland eine Spende durchzuführen, um die Armen in der von der Pest geschlagenen Türkei finanziell zu unterstützen!

Im Gegenteil, man hätte die Pest in der Türkei geradezu als Zeichen Gottes dafür gesehen, daß die Ungläubigen für ihren beharrlichen Unglauben gestraft werden. Das berühmte Erdbeben von Lissabon im Jahre 1755, von welchem Goethe als Kind berichtet, welches Voltaire in seiner Erzählung *Candide* verwertet, hat zwar ganz Europa erschüttert, aber – soviel man weiß – zu keinerlei Hilfsmaßnahmen zugunsten der Portugiesen geführt. Bei der kürzlichen (Februar 2000) Überschwemmung in Mosambik haben sich die westlichen Völker, Deutschland voran, mit Hilfsmaßnahmen geradezu überschlagen.

Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts wäre es eine abwegige Idee gewesen, durch eine internationale Solidaritätsaktion eine Hungersnot im Sudan, in Äthiopien oder in einem sonst fernen Weltteil zu lindern.

Heute haben die Staaten und die Staatengemeinschaft sich wie selbstverständlich darauf geeinigt, daß Not in der Welt nicht nur ein Problem des jeweils Betroffenen ist, sondern, jedenfalls ab einer bestimmten Größenordnung ein Problem der Weltgemeinschaft. Dieses gilt aber nicht nur für die Staaten.

Auch die Einzelpersonen, Sie hier in Orenburg und ich, gehen wie selbstverständlich davon aus, daß der Staat, die Gemeinschaft dafür zu sorgen habe, daß ein Einzelmensch der - verschuldet oder nicht – in Not geraten ist, nicht völlig verkommen darf. Dieser Gesinnungswandel ist, wie ich glaube, die große, wirklich große soziale Errungenschaft dieses Jahrhunderts.

Gerade auf dem Hintergrund dieser im Vergleich zu früheren Jahrhunderten vollständig gewandelten Gesinnung in bezug auf soziale Verantwortung für den Mitmenschen im eigenen Lande und anderswo, ist nur verständlich, daß unsozialer Eigennutz einzelner Menschen oder auch einzelner Unternehmen und Staaten angeprangert wird.

Im Gegensatz also zu einer landläufigen Meinung möchte ich behaupten, daß unsere heutige Gesellschaft in Deutschland, in Europa und allen westlich geprägten Staaten ständig menschenfreundlicher wird. Wenn Historiker uns verschiedentlich darauf hinweisen, daß unsere Zeit, die wir die Postmoderne nennen, mit der Spätantike (also der Zeit zwischen 100 und 500 n.Ch.) vergleichbar sei, dann möchte ich diesen Vergleich aber auch darauf ausweiten, daß auch in der Spätantike eine kontinuierliche Tendenz zur Humanisierung des gesamten Leben des Einzelnen und der Staaten festzustellen ist.

V. Gemeinwohl als Staatsziel

Das deutsche Grundgesetz nennt kein Staatsziel. Das Grundgesetz erläutert zwar Grundrechte des Bürgers gegenüber der staatlichen Gewalt, es gibt Vorgaben für die Organisation unseres Staates und gibt, etwa im Finanzwesen, recht konkrete Anweisungen. Das Grundgesetz gibt aber nicht an, wozu dieser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, die aus den Trümmern des 2. Weltkrieges neu konstituiert wurde, eigentlich da ist.

Insbesondere ist nicht zu sehen, daß das Grundgesetz das "Gemeinwohl" als Staatsziel formuliert. Der Begriff Gemeinwohl wird juristisch ohnehin selten gebraucht und findet sich - wenn ich richtig nachgeschaut habe - nur in Artikel 14 GG in der Formulierung, daß eine Enteignung nur zum "Wohle der Allgemeinheit" möglich sei. Auch in anderen Gesetzen ist selten davon die Rede, wozu der Staat eigentlich da ist. Eher lesen wir davon, daß der Staat dazu beitragen soll, daß aus seinen Bürgern etwas Vernünftiges wird. Dazu gehört Bildung.

Willkürlich greife ich zu einem Gesetz über die deutsche Juristenausbildung. Darin heißt es:

Leitbild der Ausbildung ist der dem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat verpflichtete Jurist.

Der deutsche Staat setzt sich daher nicht so sehr selber Ziele, sondern er formuliert Ziele für seine Bürger. Das ist nicht unproblematisch. Die seit einiger Zeit wieder neu belebte Diskussion über Staatsziele zeigt, daß viele Zeitgenossen vom Staat mehr erwarten als einen Ordnungsrahmen für Polizei und Rentenversicherung. Wir Bürger verlangen mehr von unserem Staat, als daß er nur Verbrecher bestraft, die Straßen in Ordnung hält und die Renten zahlt – obwohl das ja schon viel ist.

Es besteht heute eine weitgehende Ubereinstimmung darüber, daß der Staat auch zur Durchsetzung höherer Ziele da ist. Hier in Rußland ist etwa an die nationalreligiösen Entwürfe von Pjotr Tschaadajew und Dostojewski. zu erinnern, von den kommunistischen Entwürfen zu schweigen. Die meisten Staaten Europas sehen im Staat aber nicht den Träger überzeitlicher Botschaften und Forderungen. Dostojewski fordert einmal : *Nicht die Kirche soll zum Staat werden, nein umgekehrt – der Staat soll zur Kirche werden !*

Mit solchen Forderungen waren natürlich auch nationale Forderungen verbunden. Hier unweit der Grenze zu Kasachstan, nicht weit von dem Fort Bjelogorsk, wo derr junge Grinjew aus der "Kapitanskaja Dotschka" gegen die Pugatschowleute in Garnison lag, sind solche Gedanken durchaus lebendig.

Aber Forderungen dieser Art finden heute kaum noch Gehör. Die heute einfachste Formel für die Definierung von Staatszielen ist wohl die des Gemeinwohls unter dem Begriff "Sozial" .

VI. Staatsziel im sozialen Rechtsstaat

Kein Begriff in der politischen Diskussion wird so häufig verwendet wie das Wort "sozial". Die Vorstellungen aber, was damit im Einzelfall gemeint ist, gehen oft weit auseinander. Von der lateinischen Wurzel (Socius = Teilhaber, Kamerad) ausgehend, bezeichnet sozial zunächst das politische Ziel, alle Bürger eines Staates gleichberechtigt am staatlichen Leben teilhaben zu lassen.

Hieraus ergeben sich bestimmte Anwendungsbereiche des Sozialen, etwa im Arbeitsrecht, im Sozialversicherungsrecht, im Wohnungsrecht.

Es treten aber immer deutlicher Zielsetzungen des Gesetzgebers zu Tage, die den traditionell mit dem Begriff "sozial" verbundenen Bereich hinter sich lassen. Der Ausbau von Autobahnen wird ebenso als eine soziale Aufgabe angesehen, wie die Gewährleistung einer modernen Krankenhausversorgung.

Es treten aber, seit etwa 1850, auch kulturelle und künstlerische Bedürfnisse in das Gesichtsfeld des Staates. Ist es eigentlich richtig, daß der Staat die Lehrpläne in den Schulen aufstellt? Muß der Staat seinen Bürgern vorschreiben, was sie lernen sollen? Woher weiß der Staat, daß Mathematik und Fremdsprachen gut für seine Bürger sind? Dem Gemeinwohl über den nationalen Rahmen hinaus verpflichtet sind zahlreiche Gesetze auf dem Gebiet des Umweltschutzes, wie auf dem Felde der Entwicklungshilfe.

Die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an vielen internationalen Institutionen und Konferenzen, ihre Bereitschaft, sich auch finanziell an nicht immer lukrativen Projekten zu beteiligen, ist ein weiterer Hinweis darauf, daß über die politischen Tagesinteressen hinaus der deutsche Gesetzgeber eine soziale Verantwortung auch jenseits der deutschen Grenzen sieht.

Es ist daher die Frage, ob der Begriff "Gemeinwohl" nicht viel zu eng gesehen wird. Das Gemeinwohl kann heute nicht mehr im Rahmen eines Staates definiert werden. Die Atomversuche der Französischen Republik in Polynesien vor etwa 5 Jahren mochten noch im Sinne des französischen Staates dem "Gemeinwohl" entsprechen, nach überwiegender Meinung der Weltöffentlichkeit, waren sie aber ein Verstoß gegen grundlegende Gemeinschaftsinteressen der Menschheit.

Wenn wir daher heute über Gemeinwohl als Staatsziel nachdenken, dann muß dieses stets auch unter dem Gesichtspunkt der internationalen Verflechtung unserer Staaten in die Völkergemeinschaft der Welt gesehen werden. Hier entsteht sehr schnell die Frage, ob alles das, was wir im Inland für richtig, dem Gemeinwohl entsprechend und für sozial halten, angesichts der Weltöffentlichkeit vertretbar ist. Ist es z.B. richtig, daß wir ohne Rücksicht auf die Kosten auch sehr alten Menschen medizinische Hilfe in vollen Umfang angedeihen lassen, während in den armen Ländern der Welt für einen Bruchteil des finanziellen Aufwandes junge Menschen geheilt und für ihr Leben vorbereitet werden können?

Was ist also das Gemeinwohl, wenn wir es als Staatsziel wollen? Unser großer, im Ausland leider nicht sehr bekannter Dichter Friedrich Hölderlin, hat einmal geschrieben:

*Der weiß nicht, was er sündigt, der den Staat zur Sittenschule machen will.
Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mensch zu seinem
Himmel machen wollte.*

In Deutschland und im Westen feiern wir in diesen Tagen Ostern, die Auferstehung des Herrn. Was würde Christus wohl zu unserer Frage sagen ? Vielleicht: *Ziel des Menschen ist es, vor Gott gerecht zu werden.* Staatsziel sollte sein, den Menschen hierbei zu helfen, nicht aber, sich selbst als absoluten Wert zu setzen.

Prof. Dr.iur. Menno Aden
Orenburg, April 2000